

## Versorgungskrise

Der 108. Deutsche Ärztetag erfuhr wieder ein beachtliches Medienecho. Ärzte beklagten in Berlin Anfang Mai den politischen Sparkurs, die schlechten Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern und Praxen und beschäftigten sich unter anderem mit „Versorgungsforschung“, „Armut und Krankheit“ und „Patientensicherheit/Fehlermanagement“.

### Eröffnung

Bundesregierung und Ärzteschaft haben sich auf dem 108. Deutschen Ärztetag gegenseitig die Verantwortung für den grassierenden Ärztemangel, zu viel Bürokratie und schlechte Honorierung zugewiesen. Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und soziale Sicherung, die bereits zum fünften Mal zu einem Deutschen Ärztetag kam, hatte einen schweren Stand im Estrel Convention Center in Berlin. Die meisten bürokratischen Auswüchse seien „durch die Vertragsgestaltung der Selbstverwaltung“ entstanden, sagte Schmidt. Ihre Rede wurde von Zwischenrufen begleitet. Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Professor Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe, kritisierte vor allem die „Bürokratisierung des ärztlichen Berufsalltags und die Konzentration der Versorgungslandschaft“. Dadurch könnten die Patienten nicht mehr so behandelt werden „wie es nach den Regeln der Kunst geboten wäre“, sagte Hoppe. Der Präsident warf der Ministerin vor, durch die kontinuierlichen Sparmaßnahmen die Qualität der Versorgung verschlechtert zu haben. Schmidt sah es jedoch als vereinbar an, „ein guter Arzt zu sein und wirtschaftlich zu arbeiten“. Es müsse erlaubt sein, über die Ressourcen zu sprechen. Verständnis zeigte Schmidt für die Situation der Klinikärzte, die vor dem Tagungsgebäude protestierten. Die Ministerin ging auch auf den Mangel an Hausärzten in einigen Regionen Ostdeutschlands und in ländlichen Gebieten Westdeutschlands ein, forderte Anreize für junge Ärzte, sich dort niederzulassen und mehr Mobilität. Dr. Günther Jonitz, Präsident der Ärztekammer Berlin, forderte die Ministerin auf, sich mehr für den Abbau der Arbeitslosigkeit einzusetzen, denn „Arbeitslosigkeit macht krank“. Wer sich etwa im Berliner Stadtteil Neukölln, dem Tagungsort, befinden könne die Kostendämpfungspolitik der vergangenen Jahre im Kietz deutlich spüren.



Dr. H. Hellmut Koch: „Weiterbildung nicht vom Titel her organisieren“.



Berliner Saxophon Ensemble.



38 von 250 Delegierten kommen aus Bayern.

### Tagung

Zu Beginn der Arbeitstagung diskutierten die 250 Delegierten und Gäste des 108. Deutschen Ärztetages unter TOP I aktuelle Aspekte der Sozial- und Gesundheitspolitik. Natürlich ging es um die Auswirkungen des GKV-Modernisierungsgesetzes (GMG) und insbesondere „gegen Staatsmedizin, Bürokratie und Ökonomisierung“ der Medizin. Die „Arbeitssituation der niedergelassenen Ärzte“ hieß TOP II des Ärztetages. Sanitätsrat Dr. Franz Gadomski, Präsident der Ärztekammer des Saarlandes und Vorsitzender des Ausschusses Ambulante Versorgung BÄK, erläuterte die negative Entwicklung der Arbeitsbedingungen der niedergelassenen Vertragsärzte seit dem Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) von 1993. „Dieses GSG hat den Wettbewerb der Krankenkassen um Versicherte eingeführt und zugleich das die Freiberuflichkeit der Vertragsärzte gewährleistende Kollektivvertragssystem grundsätzlich in Frage gestellt“, so Gadomski.

Zum Thema „Förderung der Versorgungsforschung durch die BÄK“ referierten Professor Dr. Dr. h. c. Peter C. Scriba, der das „Rahmenkonzept zur Förderung der Versorgungsforschung durch die BÄK“ vorstellte, Professor Dr. Friedrich W. Schwartz, der über „Versorgungsforschung in ausgewählten Themenfeldern und ihre gesundheitspolitische Bedeutung“ referierte, Dr. Stefan Windau, der die berufspolitischen Argumente aufzeigte sowie Professor Dr. Bärbel-Maria Kurth. Heftig und lange diskutierten die Delegierten daraufhin, ob die BÄK in den kommenden sechs Jahren Versorgungsforschung fördern und mit 750 000 Euro jährlich finanzieren sollte. Die Debatte endete trotz zahlreicher Änderungsanträge und -stimmen und mit einem klaren Ja für den Leit Antrag des Vorstandes. Damit wolle die BÄK gegen die „seit Jahren kontinuierliche negative Kritik“ angehen.

Professor Dr. Johannes Siegrist, berichtete zu TOP IV „Krankheit und Armut“ über „Ergebnisse des Forschungsprogramms Soziale



Vizepräsident Dr. Max Kaplan in der Debatte zu TOP II.



Dr. Rudolf Burger und Vizepräsident Dr. Klaus Ottmann in der Reihe der BLÄK (v.re.).



Dr. Joachim Calles hinterfragt die Finanzierung der Versorgungsforschung.



Übte kontrollierte Kritik an der aktuellen Gesundheitspolitik: Professor Dr. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe.



Verteidigte ihre Politik im Estrel Convention Center: Ministerin Ulla Schmidt.

Ungleichheit von Gesundheit und Krankheit in Europa“. Zum selben Thema referierten auch Dr. Cornelia Goesmann, stellvertretende Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen, und Rudolf Henke, BÄK.

„Staatliche Gebührenordnungen bei Freien Berufen: notwendig und zeitgemäß oder überflüssig und anachronistisch?“ hieß der Titel des Beitrags von Professor Dr. Jochen Taupitz beim Punkt „Transparenz für Patienten/Rechtssicherheit für Ärzte – Modernisierung der GOÄ“, der von Dr. Alfred Möhrle, Präsident der Landesärztekammer Hessen, vorgestellt wurde. Ausgehend von der Grundsatzfrage, ob die Begriffe staatliche Gebührenordnung und Freiberuflichkeit nicht ein Widerspruch in sich seien, zeigte Taupitz den verfassungsrechtlichen Rahmen für die GOÄ auf.

Abschluss der umfangreichen Themenliste bildete der TOP „Ärztliches Fehlermanagement/Patientensicherheit“, der von Dr.

Günther Jonitz vorgestellt wurde. Er plädierte für einen anderen Umgang mit Fehlern, da „Autoritäres Handeln, verbunden mit negativen Anreizen immer dazu verleiten wird, aufgetretene Probleme nicht auszuweisen“.

In Sachen (Muster-)Weiterbildungsordnung (M-WBO) referierte Dr. H. Hellmut Koch, Vorsitzender der BÄK-Weiterbildungsgremien und Präsident der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK), den Sachstandsbericht zur Umsetzung der Weiterbildungsordnungen in den Ländern. Der Facharzttitel „Plastische Chirurgie“ wurde in „Plastische und Ästhetische Chirurgie“ umbenannt.

Dr. Cornelia Goesmann wurde in Berlin zur neuen Vizepräsidentin der BÄK gewählt. Die Allgemeinärztin erhielt 129 von 236 gültigen Stimmen. Zur Wahl gestellt hatten sich auch Dr. Astrid Bühren aus Bayern und Dr. Elke Köhler aus Brandenburg. Goesmann tritt damit die Nachfolge von Dr. Ursula Auerswald an, die im vergangenen Jahr verstorben ist.

Der Finanzbericht der BÄK für das Geschäftsjahr 2003/04 wurde einstimmig gebilligt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Auch dem Haushaltsvorschlag zum Geschäftsjahr 2005/06 wurde grünes Licht gegeben, allerdings mit nur 206 Ja-Stimmen, da die Stimmführer der BLÄK und der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern mit der roten Karte, also dem Nein, votierten. Sie lehnten die im Wesentlichen durch die Versorgungsforschung bedingte Etaterhöhung ab. Daraufhin wurde der Vorstand der BÄK in einem Beschluss aufgefordert, sich in den nächsten Jahren um eine strenge Haushaltsdisziplin zu bemühen.

Der Deutsche Ärztetag ist die einmal im Jahr tagende Hauptversammlung der BÄK. Die 17 deutschen Ärztekammern entsenden insgesamt 250 Delegierte, wovon 38 auf Bayern entfallen.

*Dagmar Nedbal (BLÄK)*